

No. 28000

**AUSTRIA
and
WORLD INTELLECTUAL
PROPERTY ORGANIZATION**

**Treaty on locating in Klosterueburg (Republic of Austria)
the International Registry of Audiovisual Works (with
exchange of letters). Signed at Vienna on 25 October
1989**

Authentic texts: German and English.

Authentic text of the exchange of letters: English.

Registered by Austria on 25 March 1991.

**AUTRICHE
et
ORGANISATION MONDIALE
DE LA PROPRIÉTÉ INTELLECTUELLE**

**Traité en vue d'établir le Registre international des œuvres
audiovisuelles à Klosterneuburg (République d'Autri-
che) [avec échange de lettres]. Signé à Vienne le 25 octo-
bre 1989**

Textes authentiques : allemand et anglais.

Texte authentique de l'échange de lettres : anglais.

Enregistré par l'Autriche le 25 mars 1991.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

VERTRAG ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER
WELTORGANISATION FÜR GEISTIGES EIGENTUM ÜBER
DIE ANSIEDLUNG DES INTERNATIONALEN REGISTERS
AUDIOVISUELLER WERKE IN KLOSTERNEUBURG (REPU-
BLIK ÖSTERREICH)

Artikel 1

(1) Die Weltorganisation für geistiges Eigentum errichtet das Internationale Register audiovisueller Werke (im folgenden als „das Internationale Register“ bezeichnet), das durch den Vertrag über die Internationale Registrierung audiovisueller Werke vom 20. April 1989 gegründet wurde, in Klosterneuburg (Republik Österreich). Das Internationale Register ist eine administrative Einheit des Internationalen Büros der Weltorganisation für geistiges Eigentum.

(2) Die Republik Österreich stimmt der Errichtung und dem Betrieb des Internationalen Registers in Klosterneuburg zu und räumt der Weltorganisation für geistiges Eigentum in Bezug auf das Internationale Register den gleichen Status ein, den es den anderen in Österreich angesiedelten Organisationen des Systems der Vereinten Nationen einräumt. Zu diesem Zweck wird ein Abkommen über den Sitz des Internationalen Registers und die Regelung der sich daraus ergebenden Fragen zwischen der Republik Österreich und der Weltorganisation für geistiges Eigentum abgeschlossen.

Artikel 2

(1) Die Republik Österreich wird in dem Umfang, in dem erwartet wird, daß die Einnahmen der durch den genannten Vertrag gegründeten Union („die Union“) nicht ausreichen werden, um die finanziellen Verpflichtungen dieser Union zu decken, die Beträge, die für die Erfüllung der genannten finanziellen Verpflichtungen benötigt werden, vorzuschießen.

(2) a) Die Weltorganisation für geistiges Eigentum zahlt im Namen der Union der Republik Österreich die von der Republik Österreich gemäß Absatz 1 erhaltenen Vorschüsse zurück. Die Vorschüsse sind zinsfrei. Die Rückzahlungen erfolgen in Raten. Der Betrag jeder Rate und der Zeitpunkt, zu dem die Ratenzahlungen erfolgen, hängt von der finanziellen Situation der Union ab.

b) Die Details der Überweisung der Vorschüsse und der Rückzahlung der Vorschüsse werden zwischen den zuständigen Behörden der Republik Österreich und dem Generaldirektor der Weltorganisation für geistiges Eigentum einvernehmlich festgelegt.

Artikel 3

(1) Die von den Benützern des Internationalen Registers audiovisueller Werke zu zahlenden Gebühren werden in der Währung der Republik Österreich festgelegt und eingehoben und sind an das Internationale Register zu zahlen.

(2) Die Bücher des Internationalen Registers werden von der Weltorganisation für geistiges Eigentum in der österreichischen Währung am Sitz des Internationalen Registers geführt.

(3) Die zuständigen Behörden der Republik Österreich können auf ihre Kosten einen Sonderrechnungsprüfer für die Bücher des Internationalen Registers ernennen. Der vorerwähnte Rechnungsprüfer hat zu allen finanziellen Aufzeichnungen des Internationalen Registers Zugang und hat das Recht, den Bericht über sein Untersuchungsergebnis und sein Gutachten direkt an die zuständigen Behörden der Republik Österreich oder an den Generaldirektor der Weltorganisation für geistiges Eigentum oder an beide zu erstatten.

Artikel 4

(1) Jede Streitigkeit zwischen der Republik Österreich und der Weltorganisation für geistiges Eigentum („die Parteien“) betreffend die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrages und jeder ergänzenden Vereinbarung hierzu, die nicht durch Verhandlungen oder eine andere vereinbarte Art der Streitregelung beigelegt wird, ist einem aus drei Schiedsrichtern bestehenden Schiedsgericht zur endgültigen Entscheidung zu unterbreiten.

(2) Einer der Schiedsrichter wird von der Republik Österreich bestellt. Einer der Schiedsrichter wird vom Generaldirektor der Weltorganisation

für geistiges Eigentum bestellt. Der dritte Schiedsrichter, der auch der Vorsitzende des Schiedsgerichtes ist, wird von den zwei von den beiden Parteien bestellten Schiedsrichtern bestellt.

(3) Wenn eine der Parteien („die erste Partei“) es unterläßt, innerhalb von drei Monaten nach Empfang der Mitteilung über die Bestellung eines Schiedsrichters durch die andere Partei einen Schiedsrichter zu bestellen, wird der Schiedsrichter, der von der ersten Partei zu bestellen gewesen wäre, auf Verlangen der anderen Partei vom Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bestellt. Wenn die zwei Schiedsrichter es innerhalb von drei Monaten nach ihrer Bestellung unterlassen, den dritten Schiedsrichter zu bestellen, ernennt der Präsident des Internationalen Gerichtshofes auf Verlangen einer der beiden Parteien den dritten Schiedsrichter.

Artikel 5

Dieser Vertrag tritt in Kraft, sobald die Vertragsparteien einander mitgeteilt haben, daß die Verfahren, die für jede von ihnen erforderlich sind, um an ihn gebunden zu sein, durchgeführt wurden.

Artikel 6

(1) Dieser Vertrag kann von den Vertragsparteien einvernehmlich beendet werden. Ein solches Einvernehmen legt das Datum der Beendigung fest.

(2) Dieser Vertrag kann von jeder der beiden Vertragsparteien durch Kündigung beendet werden, wenn die andere Vertragspartei eine ihrer wesentlichen Verpflichtungen schwer verletzt hat.

(3) Die Republik Österreich kann diesen Vertrag durch Kündigung beenden, wenn sie die Beträge der Vorschüsse, die von ihr zu leisten wären, als überhöht erachtet.

(4) Falls die Vertragsparteien nicht anders übereinkommen, wird jede Kündigung gemäß Absatz 2 am Ende des Kalenderjahres wirksam, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem die Kündigung von der kündigenden Partei mitgeteilt und von der anderen Partei empfangen wurde, während eine Kündigung gemäß Absatz 3 sechs Monate, nachdem Österreich seine Absicht, den Vertrag zu kündigen, mitgeteilt hat, wirksam wird.

Geschehen zu Wien, in zwei Urschriften in deutscher und in englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen verbindlich ist, am 25. Oktober 1989.

Für die Republik
Österreich:

ALOIS MOCK

Für die Weltorganisation
für geistiges Eigentum:

A. BOGSCH

TREATY¹ BETWEEN THE WORLD INTELLECTUAL PROPERTY ORGANIZATION AND THE REPUBLIC OF AUSTRIA ON LOCATING IN KLOSTERNEUBURG (REPUBLIC OF AUSTRIA) THE INTERNATIONAL REGISTRY OF AUDIOVISUAL WORKS

Article 1

(1) The World Intellectual Property Organization shall set up in Klosterneuburg (Republic of Austria) the International Registry of Audiovisual Works established by the Treaty on the International Register of Audiovisual Works of April 20, 1989 (hereinafter referred to as "the International Registry").² The International Registry is an administrative unit of the International Bureau of the World Intellectual Property Organization.

(2) The Republic of Austria agrees to the setting up and maintenance of the International Registry in Klosterneuburg and shall accord, in respect of the International Registry, to the World Intellectual Property Organization the same status that it accords to the other organizations of the United Nations system located in Austria. To this effect, an agreement regarding the seat of the International Registry and the regulation of questions arising as a result thereof shall be concluded between the Republic of Austria and the World Intellectual Property Organization.

Article 2

(1) The Republic of Austria shall, to the extent that the income of the Union established by the said Treaty ("the Union") is expected to be insufficient to cover the financial obligations of that Union, advance the amounts needed to meet the said financial obligations.

(2) a) The World Intellectual Property Organization shall, on behalf of the Union, reimburse to the Republic of Austria the amounts received by it as advances from the Republic of Austria under paragraph (1). The advances shall be free of interest. Reimbursements shall be effected in instalments. The amount of each instalment, and the time at which the payment of the instalment is to be effected, shall depend on the financial situation of the Union.

b) The details of the transfer of the advances and the reimbursement of the advances shall be fixed by common agreement between the competent authorities of the Republic of Austria and the Director General of the World Intellectual Property Organization.

Article 3

(1) The fees payable by the users of the International Register of Audiovisual Works shall be fixed and collected in the currency of the Republic of Austria and shall be payable to the International Registry.

(2) The accounts of the International Registry shall be kept by the World Intellectual Property Organization in Austrian currency at the premises of the International Registry.

(3) The competent authorities of the Republic of Austria may appoint, at their expense, a special auditor of the accounts of the International Registry. The said auditor shall have access to all the financial records of the International Registry and shall have the right to report his findings and advice direct to the competent authorities of the Republic of Austria or to the Director General of the World Intellectual Property Organization or to both.

Article 4

(1) Any dispute between the Republic of Austria and the World Intellectual Property Organization ("the parties") concerning the interpretation or application of this Treaty, and any supplemental agreement thereto, which is not settled by negotiation or other agreed mode of settlement, shall be referred for final decision to a tribunal of three arbitrators.

(2) One of the arbitrators shall be appointed by the Republic of Austria. One of the arbitrators shall be appointed by the Director General of the World

¹ Came into force on 3 October 1990, the date on which the Contracting Parties notified each other of the completion of the required procedures, in accordance with article 5.

² See p. 113 of this volume for the text of the Treaty on the International Registration of Audiovisual Works adopted on 18 April 1989 and signed on 20 April 1989.

Intellectual Property Organization. The third arbitrator, who shall be also the Chairman of the arbitral tribunal, shall be appointed by the two arbitrators appointed by the two parties.

(3) Notwithstanding paragraph (2), if one of the parties ("the first party") fails to appoint an arbitrator within three months from having received notification of the appointment by the other party of an arbitrator, the arbitrator that should have been appointed by the first party shall be appointed, at the request of the other party, by the President of the International Court of Justice. If, within three months from the appointment of the two arbitrators, they fail to appoint the third arbitrator, the President of the International Court of Justice shall, on the request of either party, appoint the third arbitrator.

Article 5

The present Treaty shall enter into force upon the Contracting Parties having notified each other of the completion of the procedures required, for each of them, to be bound by it.

Article 6

(1) The present Treaty may be terminated by common agreement of the Contracting Parties. Such agreement shall fix the date of the termination.

(2) The present Treaty may be terminated by denunciation by either Contracting Party if the other Contracting Party has seriously violated any of its essential obligations.

(3) The Republic of Austria may terminate the present Treaty by denunciation if it finds that the amounts of the advances that it would have to pay are excessive.

(4) Unless the Contracting Parties agree otherwise, any denunciation under paragraph (2) shall take effect at the end of the calendar year subsequent to the calendar year during which the notice of denunciation was given by the denouncing Contracting Party and received by the other Contracting Party, whereas denunciation under paragraph (3) shall take effect six months after the Republic of Austria notifies its intention to denounce the Treaty.

Done at Vienna, in two originals, in the English and German languages, each text being equally authentic, on this 25th day of October, 1989.

For the Republic
of Austria:

ALOIS MOCK

For the World Intellectual
Property Organization:

A. BOGSCH

EXCHANGE OF LETTERS

I

The Federal Minister for Foreign Affairs

Vienna, October 25, 1989

Sir,

I have the honor to refer to the Treaty between the Republic of Austria and the World Intellectual Property Organization (WIPO) on Locating in Klosterneuburg (Republic of Austria) the International Registry of Audiovisual Works established by the Treaty on the International Register of Audiovisual Works (hereinafter referred to as "the Austria — WIPO Treaty") and to propose the following which, if accepted by you, will constitute the details referred to in Article 2 (2) (b) of the Austria — WIPO Treaty.

Granting of Advances

(1) WIPO shall, at reasonable intervals, communicate in writing to the Federal Ministry of Education, Arts and Sports (hereinafter referred to as "the Ministry") the amounts of the advances it expects to need, generally for periods of three months each, for the Union created by the Treaty of April 20, 1989, on the International Register of Audiovisual Works (hereinafter referred to as "the Union") and shall request that the amount needed for the period the request relates to be transferred to its account with a bank designated by the Ministry. Normally, separate requests shall be made for each of the periods January—March, April—June, July—September and October—December, and each request shall be submitted at least two months before the starting of the three-month period it relates to. In addition, a budget estimate for each calendar year shall be submitted prior to that calendar year by WIPO to the Ministry within a reasonable period of time to be fixed by the Ministry.

(2) Each request for an advance shall be accompanied by a detailed estimation prepared by WIPO of the expected income and expenditure of the Union for the period to which it relates.

(3) For any given financial period, the share of the Union in the "common expenses" of WIPO shall not exceed fifteen percent (15%) of the expenditure of the Union for that period. "Financial period" means the budgetary period of the Union, that is, a two-year period starting with a year of even number (1990/1991, 1992/1993, etc.).

(4) Each request for an advance shall also be accompanied by the written observations of the special auditor appointed by the Ministry pursuant to Article 3 (3) of the Austria — WIPO Treaty, provided that if such observations are not made available by the said auditor within two weeks counted from his receiving the draft of the request from WIPO, the request may be submitted without such observations.

(5) The requested amount shall be transferred by the Ministry to WIPO by the starting date of each three-month period referred to in paragraph (1), above.

(6) The amount of the advances by the Republic of Austria to WIPO pursuant to Article 2 of the Austria — WIPO Treaty is expected to be 22,000,000 Austrian Schillings. In the event that the Republic of Austria is of the view that the said amount will be exceeded, it may denounce the said Treaty pursuant to paragraphs (3) and (4) of Article 6 thereof.

Reimbursement of Advances

(7) The reimbursement of the advances shall start once the accounts of the Union for a given financial period show that the income of the period exceeded the expenses.

(8) It is expected that the International Registry will develop in a way that the reimbursement of advances will start in the sixth year after the year in which the International Registry is opened.

(9) The expenses of each financial period shall include an amount that will be a payment towards the working capital fund of the Union. Such payment shall be equal to ten percent (10%) of the income of the Union in that financial period. The working capital fund shall be considered as completed when the total amount of the payments reaches one-third of the expenses of the then current financial period.

(10) Once the income of any financial period exceeds the expenses (including the amount paid towards the working capital fund) of that period, a

part of the excess of income over expenses (surplus) shall be paid into the reserve fund of the Union. The amount of the said part shall be fixed, in the light of the evolution and expected evolution of the finances of the Union, by common agreement between the Ministry and the Director General of WIPO. If no such agreement is reached, the amount shall be ten percent (10%) of the excess of the income over expenses (surplus).

(11) The amount of any excess of income over expenses (surplus) that is not payable into the reserve fund in accordance with paragraph (10) shall be paid to the Republic of Austria as an instalment of the reimbursement of advances until such time as the advances made have been repaid.

(12) Any reimbursement instalment shall be made within six months after the expiration of a financial period whose results enable WIPO to make a reimbursement.

(13) Reimbursement shall be suspended if, for any subsequent financial period, the expenses of the Union exceed the income of that Union.

(14) If reimbursement is suspended under paragraph (13), reimbursement shall start again once the conditions referred to in paragraph (11) are again satisfied.

(15) Advances and reimbursements shall be effected in Austrian currency.

(16) WIPO shall furnish to the auditor referred to in Article 3 (3) of the Austria — WIPO Treaty all the information and facilities needed for a smooth and efficient exercise of his tasks.

Accept, Sir, the assurances of my highest consideration.

ALOIS MOCK

His Excellency
Dr Arpad Bogsch
Director General of the World Intellectual
Property Organization
Geneva

II

WORLD INTELLECTUAL PROPERTY ORGANIZATION
THE DIRECTOR GENERAL

Geneva, October 25, 1989

Sir,

I have the honour to refer to your letter of today's date, which reads as follows:

[See letter I]

The World Intellectual Property Organization accepts the above proposal.

Accept, Sir, the assurances of my highest consideration.

A. BOGSCH

His Excellency
Dr Alois Mock
Federal Minister for Foreign Affairs
of the Republic of Austria
Vienna

[TRADUCTION — TRANSLATION]

TRAITÉ¹ ENTRE LA RÉPUBLIQUE AUTRICHIENNE ET L'ORGANISATION MONDIALE DE LA PROPRIÉTÉ INTELLECTUELLE EN VUE D'ÉTABLIR LE REGISTRE INTERNATIONAL DES ŒUVRES AUDIOVISUELLES À KLOSTERNEUBURG (RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE)*Article premier*

1) L'Organisation mondiale de la propriété intellectuelle établira à Klosterneuburg (République autrichienne) le Registre international des œuvres audiovisuelles (ci-après dénommé « le Registre international ») institué par le Traité sur l'enregistrement international des œuvres audiovisuelles du 20 avril 1989². Le Registre international est une unité administrative du Bureau international de l'Organisation mondiale de la propriété intellectuelle.

2) La République autrichienne accepte que le Registre international soit établi et géré à Klosterneuburg, et accordera à l'Organisation mondiale de la propriété intellectuelle, en ce qui concerne le Registre international, le même statut qu'elle accorde aux autres organismes des Nations Unies sis en Autriche. A cet effet, la République autrichienne et l'Organisation mondiale de la propriété intellectuelle concluront un accord concernant le siège du Registre international et le règlement des questions qui en résulteraient.

Article 2

1) Dans la mesure où le revenu de l'Union institué par ledit Traité (« l'Union ») ne suffirait pas à couvrir les engagements financiers contractés par elle, la République autrichienne avancera les montants nécessaires à la couverture desdits engagements.

2) *a)* L'Organisation mondiale de la propriété intellectuelle remboursera à la République autrichienne, pour le compte de l'Union, les montants avancés par elle qu'elle aura reçus en application du paragraphe 1. Ces avances seront franches d'intérêt. Les remboursements s'effectueront par tranches. Le montant de chaque tranche, ainsi que le moment de son versement dépendront de la situation financière de l'Union.

b) Les modalités du versement des avances et de leur remboursement seront fixées d'accord entre les autorités compétentes de la République autrichienne et le Directeur général de l'Organisation mondiale de la propriété intellectuelle.

Article 3

1) Les redevances que devront acquitter les utilisateurs du Registre international seront établies et perçues dans la monnaie de la République autrichienne et devront être versées au Registre international.

¹ Entré en vigueur le 3 octobre 1990, date à laquelle les Parties contractantes se sont notifiées l'accomplissement des procédures nécessaires conformément à l'article 5.

² Voir p. 113 du présent volume pour le texte du Traité sur l'enregistrement international des œuvres audiovisuelles adopté le 18 avril 1989 et signé le 20 avril 1989.

2) La comptabilité du Registre international sera tenue par l'Organisation mondiale de la propriété intellectuelle en monnaie autrichienne dans les locaux du Registre international.

3) Les autorités compétentes de la République autrichienne pourront désigner, à leurs frais, un vérificateur spécial des comptes du Registre international. Ledit vérificateur aura accès à tous les états financiers du Registre international et aura le droit de rendre directement compte de ses conclusions et avis aux autorités compétentes de la République autrichienne, au Directeur général de l'Organisation mondiale de la propriété intellectuelle ou aux deux.

Article 4

1) Tout différend qui s'élèverait entre la République autrichienne et l'Organisation mondiale de la propriété intellectuelle (« les parties ») concernant l'interprétation ou l'application du présent Traité ou de tout accord supplémentaire, et qui ne serait pas réglé par voie de négociations ou selon toute autre modalité convenue, sera soumis pour décision finale à un tribunal de trois arbitres.

2) Un des arbitres sera désigné par la République autrichienne. Un autre arbitre sera désigné par le Directeur général de l'Organisation mondiale de la propriété intellectuelle. Le troisième arbitre, qui sera également le Président du tribunal d'arbitrage, sera choisi par les deux arbitres désignés par les deux parties.

3) Nonobstant les dispositions du paragraphe 2, si l'une des parties (« la première partie ») ne désigne pas d'arbitre dans les trois mois suivant la réception par elle de l'avis de désignation de son arbitre par l'autre partie, l'arbitre qui aurait dû être désigné par la première partie le sera, à la demande de l'autre partie, par le Président de la Cour internationale de Justice. Si, dans les trois mois suivant la désignation des deux arbitres, ceux-ci ne désignent pas le troisième, le Président de la Cour internationale de Justice le désignera à la demande de l'une ou l'autre partie.

Article 5

Le présent Traité entrera en vigueur dès que les parties contractantes se seront mutuellement notifié l'accomplissement des procédures nécessaires pour lui donner force obligatoire en ce qui les concerne.

Article 6

1) Les parties contractantes pourront, d'un commun accord, mettre fin au présent Traité. Cet accord fixera la date d'expiration.

2) Il peut également être mis fin au présent traité par dénonciation de l'une des parties contractantes si l'autre partie a gravement dérogé à l'une quelconque de ses obligations fondamentales.

3) La République autrichienne pourra mettre fin au présent Traité par voie de dénonciation si elle estime excessives les avances qu'elle devrait verser.

4) A moins que les parties contractantes n'en soient convenues autrement, toute dénonciation signifiée en application du paragraphe 2 prendra effet à la fin de l'année civile suivant celle au cours de laquelle l'avis de dénonciation aura été donné par la partie contractante dénonçante et reçue par l'autre partie contractante, alors qu'une dénonciation signifiée en application du paragraphe 3 prendra effet six mois après que la République autrichienne aura fait connaître son intention de dénoncer le Traité.

FAIT à Vienne le 25 octobre 1989, en deux exemplaires originaux en langues allemande et anglaise, les deux textes faisant également foi.

Pour la République
autrichienne :

ALOIS MOCK

Pour l'Organisation mondiale
de la propriété intellectuelle :

A. BOGSCH

ÉCHANGE DE LETTRES

I

Le Ministre fédéral des Affaires étrangères

Vienne, le 25 octobre 1989

Monsieur le Directeur général,

J'ai l'honneur de me référer au Traité conclu entre la République autrichienne et l'Organisation mondiale de la propriété intellectuelle (OMPI) en vue d'établir à Klosterneuburg (République autrichienne) le Registre international des œuvres audiovisuelles institué par le Traité sur l'enregistrement international des œuvres audiovisuelles (ci-après dénommé « le Traité Autriche-OMPI ») et de proposer les dispositions suivantes, qui, sur acceptation de votre part, constitueront les modalités visées à l'article 2, 2, *b*, du Traité Autriche-OMPI.

OCTROI DES AVANCES

1) L'OMPI fera, à intervalles raisonnables, connaître par écrit au Ministère fédéral de l'Education, des Arts et des Sports (ci-après dénommé « le Ministère ») le montant des avances dont elle estimera avoir besoin, généralement pour des périodes de trois mois chacune, pour le financement de l'Union instituée par le Traité du 20 avril 1989 sur l'enregistrement international des œuvres audiovisuelles (ci-après dénommé « l'Union ») et demandera que le montant nécessaire pour la période à laquelle se rapporte la demande soit viré sur son compte auprès d'une banque désignée par le Ministère. Normalement, des deniandes séparées seront effectuées pour chacune des périodes janvier-mars, avril-juin, juillet-septembre et octobre-décembre, et chaque demande sera déposée au moins deux mois avant le trimestre auquel elle se rapporte. De plus, un projet de budget pour chaque année civile sera soumis au Ministère par l'OMPI avant cette année civile et avec un préavis raisonnable qui sera fixé par le Ministère.

2) Chaque demande d'avance sera accompagnée d'une estimation détaillée, établie par l'OMPI, des recettes et des dépenses de l'Union prévues pour la période à laquelle se rapporte la demande.

3) Pour chaque exercice financier, la part dévolue à l'Union des « dépenses communes » de l'OMPI ne dépassera pas quinze pour cent (15%) des dépenses de l'Union pour l'exercice. L'expression « exercice financier » s'entend de l'exercice budgétaire de l'Union, c'est-à-dire d'une période de deux ans s'ouvrant sur une année paire (1990/1991, 1992/1993, etc.).

4) Chaque demande d'avance sera également accompagnée des observations écrites du vérificateur spécial désigné par le Ministère conformément à l'article 3, 3, du Traité Autriche-OMPI, étant entendu que si le vérificateur ne communique pas ses observations dans les deux semaines suivant réception par lui du projet de demande de l'OMPI, la demande pourra être soumise même en l'absence de ces observations.

5) Le montant demandé sera viré par le Ministère à l'OMPI pour le premier jour de chaque trimestre visé au paragraphe ci-dessus.

6) Le montant des avances accordées par la République autrichienne à l'OMPI conformément à l'article 2 du Traité Autriche-OMPI sera vraisemblablement de 22 000 000 de Schillings autrichiens. Si la République autrichienne estime que ce montant va être dépassé, elle pourra dénoncer le présent Traité conformément aux paragraphes 3 et 4 de l'article 6 dudit Traité.

REMBOURSEMENT DES AVANCES

7) Le remboursement des avances commencera dès que la comptabilité de l'Union correspondant à un exercice financier donné fera apparaître que les recettes de cet exercice ont dépassé les dépenses.

8) Le Registre international devrait vraisemblablement fonctionner de telle sorte que le remboursement des avances commencera au cours de la sixième année suivant l'année de son ouverture.

9) Dans les dépenses de chaque exercice financier entrera le montant d'un versement au fonds de roulement de l'Union. Ce versement sera égal à dix pour cent des recettes de l'Union pour cet exercice. Le fonds de roulement sera considéré comme intégralement constitué quand le montant total des versements aura atteint un tiers des dépenses de l'exercice financier en cours.

10) Lorsque les recettes d'un exercice financier en dépasseront les dépenses (y compris le montant versé au fonds de roulement), une partie de la différence entre les recettes et les dépenses (l'excédent) sera versée au fonds de réserve de l'Union. Le montant de ladite partie sera fixé d'un commun accord, au vu de l'évolution et des prévisions d'évolution des finances de l'Union, par le Ministère et le Directeur général de l'OMPI. A défaut d'accord, la partie en question sera de dix pour cent (10 %) de la différence entre les recettes et les dépenses (l'excédent).

11) Le montant de toute différence entre les recettes et les dépenses (l'excédent) qui n'est pas à verser au fonds de réserve conformément au paragraphe 10 le sera à la République autrichienne en tant que tranche du remboursement de ces avances, jusqu'à leur remboursement intégral.

12) Toute tranche de remboursement sera versée dans les six mois suivant la fin d'un exercice financier dont les résultats permettent à l'OMPI d'effectuer ce remboursement.

13) Le remboursement sera suspendu si, pour un exercice financier ultérieur, les dépenses de l'Union dépassent ses recettes.

14) Si le remboursement est suspendu en application du paragraphe 13, il reprendra dès que les conditions prévues au paragraphe 11 seront à nouveau satisfaites.

15) Les avances et remboursements seront libellés en monnaie autrichienne.

16) L'OMPI fournira au vérificateur visé à l'article 3, 3, du Traité Autriche-OMPI tous les renseignements et moyens nécessaires au bon exercice de sa fonction.

Veillez agréer, Monsieur le Directeur général, les assurances, etc.

ALOIS MOCK

Son Excellence
Monsieur Arpad Bogsch
Directeur général de l'Organisation mondiale
de la propriété intellectuelle
Genève

II

ORGANISATION MONDIALE DE LA PROPRIÉTÉ INTELLECTUELLE
LE DIRECTEUR GÉNÉRAL

Genève, le 25 octobre 1989

Monsieur le Ministre,

J'ai l'honneur de me référer à votre lettre en date de ce jour, dont la teneur suit :

[Voir lettre I]

L'Organisation mondiale de la propriété intellectuelle accepte la proposition ci-dessus.

Veuillez agréer, Monsieur le Ministre, les assurances, etc.

A. BOGSCH

Son Excellence
Monsieur Alois Mock
Ministre fédéral des affaires étrangères
de la République autrichienne
Vienne

